sogar bemüht, die CDU/CSU mit nationalistischer Propaganda rechts zu überholen

Warum hat nun der Parteivorstand der SPD entgegen seiner Weigerung, in Verhandlungen mit Vertretern des ZK der SED einzutreten, jetzt die Briefe unseres Zentralkomitees beantwortet?

Zwei gegensätzliche Triebkräfte haben die Änderung bewirkt

Herrn Wehner, der mit seiner Kapitulationserklärung von 1960 die SPD an die Revanchepolitik der CDU/CSU gekettet hatte, plagte der Ehrgeiz, der westdeutschen Großbourgeoisie zu beweisen, daß die SPD-Führung fähig sei, als Vortrupp in die DDR einzudringen, daß sie also insofern mehr vermöge als die gegenwärtigen westdeutschen Regierungsparteien. Er hatte die Illusion, dies erreichen zu können, indem er an Stelle eines ehrlichen Dialogs eine nationalistisch-revanchistische, psychologische Offensive gegen die SED und die DDR einleitete. Herr Wehner war - wie schon so oft - auch diesmal auf dem Holzweg.

Die zweite Triebkraft für die Entscheidung der SPD-Führung, sich 1966 dem Dialog mit der SED zu stellen, entsprang der wachsenden Erkenntnis vieler Mitglieder und Freunde der westdeutschen Sozialdemokratie, daß die Deutschlandpolitik der CDU/CSU in der Sackgasse steckt, daß die Erhard-Regierung über keine reale Deutschlandkonzeption verfügt. Innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sind die Kräfte gewachsen, die nach einer Verständigung der Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten drängen und die Beseitigung gewisser Tabus fordern, mit denen die Großbourgeoisie gerade dies zu verhindern trachtet. Diese Kräfte fordern Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik über gemeinsame Schritte zur Sicherung des Friedens. Sie sehen in der Verständigung zwischen SED und SPD und zwischen den deutschen Staaten den einzigen Ausweg. Sie lehnen zugleich jegliche Politik ab, die Westdeutschland zum Ausgangspunkt eines dritten Krieges machen könnte. Sie treten für Abrüstung ein und verwerfen das Streben nach Mitverfügung über Atomwaffen.

Diese beiden Triebkräfte standen bei der Antwort der SPD-Führung auf die Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Pate. Das erklärt zugleich manche Ungereimtheit.